

PROGRAMM DER OBERPFALZSPD

Landtagswahlen

Bezirkstagswahlen

14. Oktober 2018

**ZUKUNFT IM KOPF,
OBERPFALZ IM HERZEN.**

Bayern

SPD

Impressum:

SPD Bezirksverband Oberpfalz
Richard-Wagner-Straße 4/I
93055 Regensburg
Bezirksvorsitzender Franz Schindler, MdL

Tel.: 0941 794219

Fax.: 0941 792163

E-Mail: info@spd-oberpfalz.de

www.spd-oberpfalz.de

fb.com/oberpfalzspd

PROGRAMM ZU DEN LANDTAGS- UND BEZIRKSWAHLEN AM 14. OKTOBER 2018

Die Oberpfalz liegt in der Mitte Europas. Über eine Million Menschen leben und arbeiten gerne hier und haben sich bewusst für ein Leben in der Oberpfalz entschieden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Oberpfalz eine positive Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen hat (Zunahme von 2014-2015 um fast 9.600 Einwohner, das entspricht 0,9%). Außerdem weist die Oberpfalz sowohl im letzten Jahr als auch im 5-Jahres-Vergleich die bayernweit stärkste Zunahme des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts auf. Betrachtet man den absoluten Wert des BIP/Einwohner, rangiert die Oberpfalz im bayernweiten Vergleich hinter Oberbayern und Mittelfranken an dritter Stelle. In der Oberpfalz sind neben BMW und Siemens viele hochinnovative Unternehmen zuhause, die in ihren Branchen oft Weltmarktführer sind. Mit der Universität Regensburg und der OTH Regensburg und Amberg/Weiden bietet die Oberpfalz jungen Menschen beste Bildungs- und Ausbildungschancen. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit liegt bei etwa 3 % und damit unter dem Landesdurchschnitt. Die Zunahme der Gästeübernachtungen in den letzten fünf Jahren um 11,3% zeigt, dass die Oberpfalz auch für Touristen attraktiv ist.

Trotz des seit der Grenzöffnung entstandenen Aufschwungs darf nicht verkannt werden, dass es auch in der Oberpfalz Langzeitarbeitslosigkeit gibt, dass die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse zunimmt, dass sich viele Menschen das Leben im Raum Regensburg wegen der explodierenden Mietpreise nicht mehr leisten können und dass sich auch in der Oberpfalz Armut bei Älteren und Kindern ausbreitet.

Die SPD in der Oberpfalz ist auf allen politischen Ebenen, von den Gemeinden bis zum Europäischen Parlament vertreten und will zusammen mit allen politischen Akteuren ihren Beitrag zur Sicherung des Erreichten und zur weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen in der Oberpfalz leisten.

Als Ergänzung zu den Wahlprogrammen der SPD auf Bundes- und Landesebene haben wir im Folgenden zusammengetragen, was wir in den kommenden Jahren für besonders wichtig erachten und wofür wir uns im Landtag und im Bezirkstag einsetzen möchten.

I. 1. VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Durch ihre geographische Lage als europäische Drehscheibe ist die Oberpfalz besonders auf gute Verkehrsanbindungen angewiesen. Die Bundes-, Staats- und Kreisstraßen müssen deshalb ihrer Verkehrsbedeutung entsprechend unterhalten und ausgebaut werden.

Im Schienenverkehr haben wir großen Nachholbedarf. Es ist gut, dass die Elektrifizierung der Strecke Regensburg – Hof in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist. Jetzt geht es darum, dass die Planungen vorangetrieben werden und hierbei auch ein wirksamer Lärm- und Erschütterungsschutz vorgeschrieben wird. Genauso wichtig ist der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg – Amberg – Schwandorf – Furth im Wald, damit die Fahrzeit von München und Nürnberg nach Prag deutlich kürzer wird.

Trotz einzelner Fortschritte endet der Öffentliche Personennahverkehr oft noch an Stadt- und Landkreisgrenzen. Die Schaffung eines oberpfalzweiten Verbunds des öffentlichen Nahverkehrs ist deshalb längst überfällig.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- der Ausbau der BAB A 3 im Raum Regensburg baldmöglichst realisiert wird,
- die Bundesstraßen, insbesondere die B 85 von Sulzbach-Rosenberg über Schwandorf bis Cham durchgängig mindestens dreispurig,
- die B85/B20 von Cham bis zur tschechischen Grenze dreispurig
- die B16 zwischen Nittenau und Regensburg weiter ausgebaut werden,
- beim Ausbau von Bundesfernstraßen und Schienentrassen wirksame Lärmschutzmaßnahmen vorgeschrieben werden,
- der Ausbau von Park- und Rastmöglichkeiten entlang der Autobahnen und Bundesstraßen vorangetrieben wird,
- im Staatsstraßenausbauplan mehr Mittel für die Oberpfalz zur Verfügung gestellt werden,
- ein eigenes Förderprogramm zur Sanierung von Brücken in kommunaler Baulast aufgelegt wird,
- die passiven Schutzsysteme an den Autobahnen verbessert werden,
- die Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken (Weiden – Nürnberg und Amberg – Schwandorf – Furth i.W.) vorangetrieben wird,
- die Bahnhöfe in der Oberpfalz baldmöglichst barrierefrei und behindertengerecht ausgebaut werden,
- die Park-and-Ride-Parkplätze an den Bahnhöfen ausgebaut werden,
- die Zuweisungen des Freistaats für den ÖPNV deutlich erhöht werden,
- Verkehrsverbünde mit einem einheitlichen Tarifsystem geschaffen werden,
- der Bau von Radwegen innerorts und überörtlich weiter gefördert wird und an neuen Straßen obligatorisch auch Radwege gebaut werden,
- flächendeckend E-Ladesäulen errichtet werden.



2. GUTE UND SICHERE ARBEIT IN DER OBERPFALZ

Auch wenn sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, können wir nicht darüber hinwegsehen, dass viele Menschen nur eine geringfügige Beschäftigung haben, dass immer mehr Arbeitsverhältnisse sachgrundlos befristet sind, dass Leiharbeit trotz bester Konjunktur nicht nennenswert zurückgeführt worden ist und dass viele Menschen über Werkvertragskonstruktionen beschäftigt sind, ohne soziale Schutzrechte zu haben.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war gut und richtig. Genauso wichtig ist es aber, zusammen mit den Gewerkschaften weiter für gute Arbeit und höhere Löhne zu kämpfen.



Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- bestehende Arbeitsplätze in der Industrie, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich durch gezielte Förderung und Unterstützung von KMU erhalten bleiben,
- die Ansiedlungsagentur „Invest in Bavaria“ auch die nördliche Oberpfalz in den Fokus möglicher Betriebsansiedelungen nimmt,
- auch in der nördlichen Oberpfalz außeruniversitäre Spitzenforschung ermöglicht wird,
- die Arbeitsagenturen auch weiterhin ausreichend Mittel zur Qualifizierung insbesondere von Langzeitarbeitslosen und der Nachqualifizierung von Jugendlichen erhalten
- mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur auch in ländlichen Regionen neue Arbeitsformen wie Home-Office und Telearbeit möglich werden.

3. DIGITALISIERUNG

Unser Land steht vor dem größten Wandel seit der Industrialisierung und damit vor der größten Herausforderung seit mehr als 200 Jahren: Durch Digitalisierung und Automatisierung werden sich Bildung, Ausbildung, Arbeit und Leben grundsätzlich ändern. Viele der jetzigen Arbeitsplätze wird es so in zehn oder zwanzig Jahren nicht mehr geben, die Produktivität wird sich erhöhen und die Wertschöpfung vom Menschen zur Maschine verschieben. Wir müssen frühzeitig die Weichen stellen – und zwar in allen Bereichen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- überall in der Oberpfalz schnelles Internet verfügbar wird,
- eine flächendeckende Mobilfunkversorgung mit 5 G aufgebaut wird,
- Funklöcher in den Grenzgebieten zur Tschechischen Republik und in vielen ländlichen Räumen der Oberpfalz geschlossen werden,
- die digitale Bildung bereits in Kindertageseinrichtungen beginnt,
- alle Bildungseinrichtungen kontinuierlich mit entsprechender Hard- und Software ausgestattet werden, da einmalige Förderprogramme nicht ausreichen,
- digitale Gründerzentren ausgebaut werden.

4. REGIONALE STRUKTURPOLITIK IN DER OBERPFALZ

In der Oberpfalz gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen dem Ballungsraum Regensburg, der Boom-Region Neumarkt und strukturschwachen Gebieten insbesondere in der nördlichen Oberpfalz. Wir setzen auf eine wirtschafts- und regionale Strukturpolitik, die die ländlichen Räume nachhaltig stärkt und mit einer vor Ort individuell abgestimmten Entwicklungsstrategie stark macht für die Zukunft. Aus diesem Grund ist die Schaffung von Regionalbudgets nicht nur zur Bündelung der Zuständigkeiten, sondern auch für mehr Kompetenzen und mehr Möglichkeiten zur Eigenverantwortung das erste Mittel der Wahl. Denn in der nördlichen Oberpfalz sind andere Maßnahmen erforderlich als beispielsweise in Regensburg.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die Wirtschaftsförderung auf benachteiligte Regionen konzentriert wird,
- die EU-Regionalförderung in den oberpfälzischen Grenzgebieten weiter möglich bleibt,
- die bestehenden Gründerzentren in der Oberpfalz erhalten und auch weiter gefördert werden,
- das professionelle Regionalmarketing und Regionalmanagement in den Landkreisen und im Bezirk ausgebaut wird,
- den Regionen Budgets zugeteilt werden, die in Eigenverantwortung verwaltet und verwendet werden können,
- eine Überarbeitung des Aufgabenkatalogs des Zentrale-Orte-Systems erfolgt, damit auch in ländlichen Regionen die Städte und Gemeinden weiterhin für ein gutes Lebensumfeld für ihre Bürgerinnen und Bürger sorgen können.

5. STARKE OBERPFALZ NUR MIT STARKEN FRAUEN

Frauen sind immer noch in vielen gesellschaftlichen Bereichen und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Die Gleichstellung ist noch längst nicht erreicht. Arbeit ist ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher Teilhabe. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer, die sog. "unbereinigte" Lohnlücke beträgt in Deutschland 23,1 %, in Bayern sogar 23,4 %. In den Vorständen und Führungspositionen der großen Unternehmen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil in der ersten Führungsebene beträgt nur 24 %, in der zweiten Führungsebene sind nur 33 % Frauen.

In der Oberpfalz liegt die Frauenerwerbsquote mit 68,7 % immer noch weit hinter der Erwerbsquote der Männer (84,2 %). Ein erheblicher Teil des Potentials gut ausgebildeter Frauen bleibt auch in der Oberpfalz ungenutzt. Die meisten Frauen in der Oberpfalz möchten bzw. müssen außer Haus einem Beruf nachgehen, um die finanzielle Existenz zu sichern und möchten Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Hierfür bestehen speziell in der Oberpfalz hohe Hürden, da das Angebot an Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulklassen nicht ausreicht und der ÖPNV außerhalb der Städte nicht attraktiv ist. Frauenarmut ist in ganz Deutschland ein ernstzunehmendes Problem. In der Oberpfalz sind besonders viele Frauen von Armut betroffen, bei den Frauen über 65 Jahre sind es 22 % (im Bundesdurchschnitt 16 %). Die Durchschnittsrente von Frauen liegt in Bayern bei 490 Euro, in der Oberpfalz noch darunter. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Teilzeitarbeit, Minijobs, Niedriglöhne und Erwerbsunterbrechungen wegen der Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen sind Armutsfallen und führen zu niedrigen Rentenansprüchen. Die SPD hat Vorschläge zur Abmilderung des Problems erarbeitet. So wollen wir z.B., dass Löhne ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sind und dass Erziehungs- und Pflegezeiten stärker rentensteigernd wirken.



Zur Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen muss die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion übernehmen. Für privatwirtschaftliche Unternehmen schlagen wir eine verbindliche Frauenquote vor. Gewalt gegen Frauen kommt in allen Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung vor. Dennoch sind die Hilfsangebote für betroffene Frauen nirgendwo so gering wie in Bayern. Die vier Frauenhäuser in der Oberpfalz sind trotz der Möglichkeit, gewalttätige Männer aus der gemeinsamen Familienwohnung zu verweisen, permanent ausgelastet. Der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen war und bleibt ein wichtiges Anliegen der SPD.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die Gleichstellung in der Arbeitswelt endlich Wirklichkeit wird,
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird,
- Familienarbeit und Beruf besser vereinbar werden,
- Frauenarmut verhindert wird,
- in der gesamten Oberpfalz arbeitszeitgerechte, qualifizierte und bezahlbare Kinder-Betreuungsplätze geschaffen werden,
- ein Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote an allen Schularten geschaffen wird,
- familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ausgeweitet werden,
- die Arbeit in sozialen Berufsfeldern, in denen überwiegend Frauen tätig sind, ihrer hohen gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend aufgewertet und besser bezahlt wird,
- Erziehungs- und Pflegezeiten stärker rentensteigernd anerkannt werden,
- das Ehegattensplitting für neue Ehen abgeschafft und durch eine
- Individualbesteuerung mit Berücksichtigung von Erziehungszeiten ersetzt wird,
- Gewalt gegen Frauen und jegliche Art von Sexismus geächtet und bekämpft werden,
- der Bedarfsschlüssel für Frauenhäuser dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird,
- die Grundfinanzierung der Frauenhäuser regelmäßig an die Kostensteigerungen angepasst wird,
- die Zuschüsse zum Betrieb von Frauennotrufen und Fachberatungsstellen bedarfsgerecht
- angehoben werden,
- wohnortnah Kriseninterventionsstellen eingerichtet werden.

6. BESTE BILDUNG IN DER OBERPFALZ

Gute Bildung und Ausbildung sind gerade in Zeiten der Digitalisierung und Globalisierung der Schlüssel zum beruflichen Erfolg und unserem Grundverständnis gemäß auch Teil der Emanzipation des Einzelnen. Frühkindliche Bildung und Erziehung bilden das Fundament für einen guten Start ins Leben. Es ist deshalb gut, dass es seit dem Schuljahr 2013/14 einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte gibt. Wir unterstützen die Gemeinden und sonstigen Träger beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Kinderhorten und wollen, dass die Öffnungszeiten bedarfsgerecht gestaltet werden.

Ganztägige Betreuung ist nicht nur in Kindertageseinrichtungen, sondern auch an den Schulen erforderlich und in den meisten Nachbarländern längst Realität. Wir treten deshalb für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsklassen an allen Schularten ein. Der Staat muss die Städte und Gemeinden bei der Realisierung des Rechtsanspruchs finanziell unterstützen. Zurückgehende Schülerzahlen sind die Chance, die Kinder in kleineren Klassen besser zu fördern. Wir setzen uns für den Erhalt von wohnortnahen Grundschulen ein. Dies entspricht den Bedürfnissen der Kinder und der jeweiligen Gemeinde.

Das dreigliedrige Schulsystem nach der Grundschule führt zu einem großen Leistungsdruck bereits für Neun- und Zehnjährige. Die Trennung der Kinder bereits nach der vierten Klasse ist wegen des damit einhergehenden Drucks auf Schüler und Eltern pädagogisch schädlich, führt dazu, dass die Mittelschulen als "Restschulen" verstanden und abqualifiziert werden und produziert viele Verlierer. Als bessere Alternative hierzu schlagen wir vor, dass zusätzlich zu den bestehenden Schularten für die Jahrgangsstufen 1 bis 10 Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden können. Mit dieser zusätzlichen Schulart wird es ermöglicht, wohnortnah Schulstandorte zu erhalten, individuelle Fördermöglichkeiten anzubieten und den mittleren Schulabschluss zu erwerben. Im Anschluss daran kann eine dreijährige Oberstufe angegliedert werden. An den Berufs- und Fachoberschulen in der Oberpfalz erwerben fast so viele Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung wie an den Gymnasien. Wir wollen diese Schularten deshalb auch beim Rückgang der Schülerzahlen erhalten und ausbauen.

Eine weitere Konzentration der Berufsschulbildung lehnen wir ab, weil sie gerade in der flächenmäßig großen Oberpfalz dazu führt, dass Berufswünsche nicht realisiert werden können, da die entsprechende Berufsschule nicht erreichbar ist.

Nicht erst seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechte-Konvention geht es darum, dem Anspruch auf inklusive Bildung zu genügen. Die 2011 einstimmig im Landtag beschlossene Änderung des Bay. Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes ist für uns ein erster großer Schritt hin zu dem Ziel, die Inklusion an den Schulen Wirklichkeit werden zu lassen. Damit dies gelingt, brauchen wir ausreichend gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen und dürfen die Kosten für den barrierefreien Umbau von Schulgebäuden nicht ausschließlich den Gemeinden und Landkreisen als Sachaufwandsträgern aufgebürdet werden.

Die Errichtung der Universität Regensburg und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Regensburg und Amberg-Weiden (jetzt „Technische Hochschule“) waren strukturpolitische Meilensteine in der Oberpfalz. Die Hochschulen sind leistungsfähig und haben einen wesentlichen Anteil daran, dass im Umfeld Forschungseinrichtungen und qualifizierte Arbeitsplätze entstanden sind. Wir wollen Forschung und Lehre stärken und setzen uns für die Ansiedlung außeruniversitärer Institute und Forschungseinrichtungen, wie beispielsweise dem Leibniz-Institut, ein.

Angesichts der Notwendigkeit lebenslangen Lernens halten wir es für erforderlich, die Weiterbildungsangebote an den Hochschulen auszubauen und die Förderung der Volkshochschulen zu verbessern. Wir treten deshalb weiter für ein Weiterbildungsgesetz ein, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildung zu geben.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- alle Kinder möglichst früh, individuell und möglichst intensiv ihren Begabungen gemäß gefördert werden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrer Nationalität,
- der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung garantiert wird,
- die Kindergärten als vorschulische Bildungseinrichtungen anerkannt werden,
- die vorschulische Bildung und Erziehung kostenfrei angeboten wird,
- es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote an allen Schularten geben wird,
- die Gemeinschaftsschule als zusätzliche neue Schulart eingeführt werden kann,
- eine vollumfassende Schulwegkostenfreiheit gewährt wird,
- Eltern den Fahrtkostenersatz erhalten, der für den Transport zur nächstgelegenen Schule angefallen wäre, wenn Eltern für ihre Kinder eine weiterführende Schule wählen und es sich dabei nicht um die nächstgelegene Schule handelt,
- die Schulsozialarbeit ausgebaut wird,
- für jede Gruppe einer schulvorbereitenden Einrichtung eine zweite Kraft zur Verfügung gestellt wird,
- Schulbegleitung neu definiert und finanziert wird,
- Grundschulen und Mittelschulen wohnortnah erhalten bleiben,
- der Unterrichtsausfall wirksam bekämpft wird,
- die Lehrerversorgung in der Oberpfalz sichergestellt wird,
- auch die kleineren Berufsschulstandorte erhalten bleiben,
- das Ziel der Inklusion mit Nachdruck verfolgt wird,
- die Techniker- und Meisterausbildung kostenfrei wird, um die Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Ausbildung herzustellen,
- der Wechsel zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung erleichtert wird,
- die Grundausstattung der Hochschulen deutlich erhöht wird,
- die Erwachsenenbildung und Weiterbildung durch ein Weiterbildungsgesetz stärker gefördert werden,
- die Sprachkompetenz von Deutschen und Ausländern durch mehr Sprachkurse ausgebaut wird,
- Kinder und Jugendliche aus Kriegs- und Krisengebieten auch dann Zugang zu schulischer Bildung haben, wenn sie aus einem sog. sichereren Herkunftsland stammen.

7. SOZIALE POLITIK IN DER OBERPFALZ

Die wichtigsten sozialpolitischen Weichenstellungen werden im Bundestag vorgenommen. Dort wird über die Sicherung eines auskömmlichen Rentenniveaus, die effektive Förderung von Familien mit Kindern, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Schichten der Bevölkerung auch in den ländlichen Räumen und das Problem der Finanzierung der Kosten einer humanen Pflege von immer mehr pflegebedürftigen Menschen entschieden. Doch auch das Land und der Bezirk sind Akteure der Sozialpolitik. Bei der Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern in den ländlichen Gebieten und der Schaffung ausreichender und humaner Pflegeeinrichtungen, der Inklusion von Menschen mit Behinderung und der Sicherstellung eines funktionierenden Rettungswesens und Katastrophenschutzes sind auch die Kommunen in der Pflicht.

In Bezug auf Wohnraum ist die Oberpfalz ein Bezirk mit zwei Gesichtern: Auf der einen Seite gibt es Städte und Gemeinden, in denen Wohnraum so knapp und teuer geworden ist, dass er für Normalverdiener nicht mehr finanzierbar und kaum noch zu mieten ist und auf der anderen Seite droht einigen Kommunen massiver Leerstand. Es ist deshalb erforderlich, dass sich der Freistaat und die Kommunen stärker im Bereich des sozialen Wohnungsbaus engagieren und Konzepte zur Bekämpfung des Leerstands gefunden werden.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- bezahlbare Wohnungen durch Genossenschaften oder kommunale Wohnungsbauunternehmen gebaut werden,
- mehr alten- und behindertengerechte Wohnungen geschaffen
- und gemischte Wohnformen unterstützt werden,
- der Mietpreisanstieg begrenzt wird,
- in den Städten und Gemeinden Netzwerke zur gegenseitigen Hilfe von jung und alt geschaffen werden,
- flächendeckend Beratungs- und Hilfsangebote für Familien geschaffen werden,
- die Hausarztversorgung auch in dünn besiedelten Gebieten aufrechterhalten bleibt,
- Krankenhäuser wohnortnah erhalten bleiben,
- das Netz der Notarztstandorte ausgebaut wird,
- der ärztliche Bereitschaftsdienst so organisiert wird, dass Patienten nicht über Gebühr lange auf Hilfe warten müssen,
- die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen weiter ausgebaut werden,
- ein dichtes Netz von Pflegestützpunkten installiert wird,
- die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Finanzierung der
- Kosten für die Jugendhilfe nicht allein gelassen werden,
- der öffentlich-rechtliche Rettungsdienst nicht durch private Anbieter verdrängt wird,
- die Angehörigen freiwilliger Hilfsorganisationen bei Katastrophenschutzsätzen und -übungen endlich mit den Angehörigen der Feuerwehren und des THW gleichgestellt werden,
- das Nachtflugverbot für den Rettungshubschrauber am Standort Latsch aufgehoben wird,
- die Angebote zur Integration von Asylberechtigten und von Personen, die subsidiären Schutzstatus haben, erhalten bleiben,
- die Schuldnerberatung mit der Insolvenzberatung zusammengeführt wird,
- die Verbraucherschutzorganisationen ihr Beratungsangebot in der Oberpfalz erhalten und ausbauen können.

8. POLITIK FÜR EINE ÄLTER WERDENE GESELLSCHAFT

Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger werden zahlenmäßig immer mehr und sind eine Bereicherung für die Oberpfalz. Wir wehren uns gegen jeden Versuch, Alt und Jung gegeneinander auszuspielen und sehen im Zusammenhalt der Generationen und im Erfahrungsschatz der Älteren eine Chance für die Zukunft.

Die meisten Angehörigen der Generation „60 plus“ sind aktiv, viele stehen noch im Arbeitsleben und wollen und können ihre Erfahrungen im gesellschaftlichen und politischen Bereich einbringen.

Weil die deutsche Gesellschaft insgesamt immer älter wird, ist es so wichtig, im Bereich der Sozialversicherungen und im Gesundheitswesen die Weichen richtig zu stellen. Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung zur Finanzierung der Krankheitskosten und des Pflegebedarfs.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- mehr altersgerechte Arbeitsplätze und –bedingungen geschaffen werden,
- Mehrgenerationenhäuser erhalten und ausgebaut werden,
- in den Landkreisen und kreisfreien Städten Konzepte für die Seniorenarbeit entwickelt werden,
- die Gesundheitsvorsorge einen höheren Stellenwert erhält,
- die Angebote für Tagespflege, Kurzzeitpflege und ambulant betreute Wohngemeinschaften ausgebaut werden,
- das Angebot an vollstationären Pflegeeinrichtungen möglichst in kommunaler oder freigemeinnütziger Trägerschaft erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut wird,
- die Mobilität älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger durch ein flächendeckendes barrierefreies ÖPNV-Angebot erhalten bleibt,
- der öffentliche Raum, alle öffentlichen Einrichtungen und der öffentliche Verkehr in der Oberpfalz baldmöglichst barrierefrei und behindertengerecht ausgebaut wird,
- baldmöglichst ein Seniorenmitwirkungsgesetz mit verbindlichen Vorgaben für Seniorenbeiräte in Gemeinden und Landkreisen erlassen wird.

9. POLITIK FÜR JUNGE MENSCHEN

Viele junge Menschen in der Oberpfalz engagieren sich trotz eines immer größer werdenden Angebots an Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und trotz des Drucks in Schule, in der Ausbildung und im Studium in Vereinen und Verbänden.

Die Nutzung des Internets und sozialer Netzwerke sind für die meisten Jugendlichen eine Selbstverständlichkeit und wesentlicher Teil ihrer Kommunikation. Viele Jugendliche engagieren sich in lokalen Bündnissen und im Netz gegen Rechtsextremismus. Wir begrüßen dieses Engagement ausdrücklich und wollen es fördern, anstatt es zu behindern.

Auch in der Oberpfalz leben Kinder und Jugendliche in Armut und fehlen vielerorts wohnortnahe attraktive Ausbildungsmöglichkeiten. Zentrales Anliegen der Politik muss es deshalb sein, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen und allen Kindern und Jugendlichen in der Oberpfalz beste und ihren Neigungen entsprechende Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu verschaffen. Dies gilt auch und gerade für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Gerade im Bereich der demokratischen Beteiligung Jugendlicher gibt es noch Defizite. Sie können sich zwar in Vereinen und Verbänden engagieren, werden politisch aber nicht repräsentiert. Wir setzen uns deshalb für die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen, Landtags- und Bezirkswahlen auf 16 Jahre ein. Damit muss ein umfassendes Angebot an politischer Bildung und Demokratiepädagogik einhergehen. Politische Bildung ist mehr als Sozialkundeunterricht an den Schulen. Politische Bildung wird gerade durch demokratische Erfahrung in der eigenen Lebenswelt vermittelt.



Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- in den Gemeinden Jugendtreffs und Jugendzentren erhalten und nach den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgebaut werden,
- in den Gemeinden Jugendbeauftragte und Jugendbeiräte zur direkten Partizipation junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen installiert werden,
- ehrenamtlich aktive Jugendliche bestmöglich unterstützt werden,
- die Mittel für die verbandliche und offene Jugendarbeit trotz des Rückgangs der Zahl junger Menschen mindestens stabilisiert, nach Möglichkeit erhöht werden,
- flächendeckend öffentliche WLAN-Hotspots eingerichtet werden,
- im ÖPNV auf die Bedürfnisse junger Menschen eingegangen wird und z.B. Disco-Busse/Nachtbusse oder 50/50-Taxis erhalten oder neu eingerichtet werden,
- die Mittel für den Bezirksjugendring in angemessener Höhe erhalten bleiben.

10. KOMMUNEN STÄRKEN

Die Selbstverwaltung der Kommunen ist ein hohes Gut. Sie wird durch den “goldenen Zügel” der Staatsregierung eingeengt und durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge und die Auslagerung von Aufgaben in fast nicht mehr kontrollierbare Organisationen des privaten Rechts gefährdet. Unabhängig von konjunkturellen Schwankungen leiden viele Gemeinden, insbesondere in der nördlichen Oberpfalz, trotz eines Anstiegs der Steuereinnahmen und der Verteilungsmasse der Schlüsselzuweisungen an Finanznot, die die Handlungsfähigkeit erschwert.

Trotz des auf Drängen der SPD in die Bayerische Verfassung aufgenommenen Konnexitätsprinzips bürdet der Staat den Gemeinden und Landkreisen immer mehr Aufgaben auf, ohne die Kosten vollständig zu ersetzen. Es darf nicht so bleiben, dass sich der Staat zu Lasten der Kommunen entschuldet. Unsere Vorschläge, die Verbundmasse bei den Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, die Folgen des Rückgangs der Bevölkerungszahl in einzelnen Gemeinden und Landkreisen stärker zu gewichten und finanzschwache Gemeinden und Landkreise bei der Ko-Finanzierung von EU-Programmen zu unterstützen, wäre ein wichtiger Schritt hin zu mehr Selbstverwaltungsmöglichkeiten der Kommunen.

Wir treten auf Landes- und Bundesebene für den Erhalt der Programme zur Städtebauförderung und Dorferneuerung und für die effektive Förderung des Wohnungsbaus ein. Die bisherigen Vorgaben der Landesplanung haben nicht verhindert, dass sich die Siedlungstätigkeit immer weiter von den Orts- und Stadtkernen entfernt hat und sich “auf der grünen Wiese” und an verkehrsgünstigen Einfahrtsstraßen Einkaufszentren etabliert haben. Viele Innenstädte können der Konkurrenz nicht mehr standhalten und veröden. Es ist Aufgabe der Landesplanung und der Kommunen, diese Entwicklung zu stoppen und dafür zu sorgen, dass wieder Leben in die Innenstädte zurückkehrt.

In Bayern werden täglich mehr als 18 Fußballfelder überbaut. In Zusammenarbeit mit den Kommunen wollen wir den baulichen Wildwuchs im Randbereich unserer Ortschaften einschränken, die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden stärken und unter Beachtung der Planungshoheit der Gemeinden den Flächenverbrauch reduzieren.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen gestärkt wird,
- die Zuweisungen an steuerschwache und von Abwanderung bedrohte Gemeinden und Landkreise erhöht werden,
- die Verteilungsmasse der Schlüsselzuweisungen neu geregelt wird,
- die Programme zur Städtebauförderung, zur Dorferneuerung, den sozialen Wohnungsbau und die Revitalisierung von Orts- und Stadtkernen weitergeführt und ausgebaut werden,
- die kommunale Daseinsvorsorge, von der Wasserversorgung bis zur Abfallentsorgung in kommunaler Verantwortung bleibt,
- die öffentlich-rechtlichen Sparkassen flächendeckend mit Filialen erhalten bleiben
- der Freistaat den Kommunen bei einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einen vollen finanziellen Ausgleich gewährt.

11. LÄNDLICHER RAUM IN DER OBERPFALZ

Die Oberpfalz ist mit Ausnahme der Großstadt Regensburg überwiegend ländlich strukturiert. Der ländliche Raum ist und soll mehr sein und bleiben als Schlafstätte für Berufspendler. Wir wollen den ländlichen Raum nicht verstädtern, aber dem Verfassungsgebot entsprechend gleichwertige Lebensbedingungen schaffen, ohne den Charakter und die Attraktivität des ländlichen Raums gegenüber den Ballungszentren zu nivellieren. Die Handlungsempfehlungen der auf Antrag der SPD eingesetzten Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ müssen so schnell als möglich umgesetzt werden. Wir wollen die kleinbäuerliche Landwirtschaft in der Oberpfalz erhalten und den ökologischen Landbau verstärkt fördern, da nur so die Kulturlandschaft und die Artenvielfalt erhalten werden können.



Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die schulische und medizinische Infrastruktur und die Grundversorgung mit Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten in den ländlichen Räumen auch bei einem Rückgang der Bevölkerungszahl erhalten bleibt,
- die Dorf- und Stadtsanierung weiter gefördert wird,
- Maßnahmen zur Behebung des Leerstands in den Dörfern und Städten auch finanziell gefördert werden,
- die Zersiedelung gestoppt und der bauliche Wildwuchs in Randbereichen unserer Ortschaften eingeschränkt und der Flächenverbrauch unter Respektierung der Planungshoheit der Gemeinden eingedämmt wird,
- der ÖPNV durch Schaffung weiterer Verkehrsverbünde, die Förderung von Bürgerbussen, Anruf- und Sammeltaxis so ausgebaut wird, dass die ländlichen Regionen nicht länger abgehängt bleiben,
- die Zersiedelung gestoppt und der bauliche Wildwuchs in Randbereichen unserer Ortschaften eingeschränkt und der Flächenverbrauch unter Beachtung der Planungshoheit der Gemeinden reduziert wird,
- die Naturparks und Naturschutzgebiete in der Oberpfalz erhalten bleiben,
- die Direktvermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte weiter ausgebaut wird und dass erfolgreiche Projekte wie z.B. das „Juradistl-Projekt“ in den Landkreisen Amberg-Weizsach, Regensburg, Neumarkt und Schwandorf fortgesetzt werden.

12. UMWELT UND ENERGIE

Klimakatastrophen und Unwetter zwingen uns zu einem sorgsamem, ressourcenschonenden und nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt. Es müssen alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung genutzt, regenerative Energien weiter gefördert und die Netzinfrastruktur auf die Ziele der Energiewende und die Erzeugung von Energie in vielen dezentralen Anlagen ausgerichtet werden. Wir akzeptieren den Bau einer Gleichstromtrasse durch die Oberpfalz, erwarten aber, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung der Trasse mitreden können und dass die berechtigten Belange der Städte und Gemeinden und der Grundstückseigentümer beachtet werden. Beim Ersatzneubau des Ostbayernrings wollen wir dort, wo es topographisch möglich ist, eine Parallelführung und Erdverkabelung zusammen mit der HGÜ-Gleichstromtrasse erreichen.

Neben dem Klimawandel geht auch der dramatische Rückgang der Artenvielfalt auf menschliches Handeln zurück. Die Vielfalt an Arten und Lebensräumen für Flora und Fauna nimmt auch in der Oberpfalz immer mehr ab.



Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- klare und verlässliche Rahmenbedingungen für die Energiewende geschaffen werden,
- Bürgerprojekte zur Erprobung und Entwicklung dezentraler regionaler Energie-Konzepte gefördert werden,
- aus den Erfahrungen der letzten Jahre heraus eine verpflichtende frühzeitige Beteiligung der Betroffenen bei Großprojekten vorgesehen wird,
- die Windenergie trotz 10-H-Regelung weiter ausgebaut wird und sich möglichst viele Anlieger beteiligen können,
- die Kommunen bei der Energieeinsparung in ihren Liegenschaften, bei den Fuhrparks und der Straßenbeleuchtung vorbildlich vorangehen,
- in Bebauungsplänen Vorgaben für energieeffizientes Bauen festgesetzt werden.
- die Vielfalt an naturnahen Lebensräumen mit hoher biologischer Vielfalt in der Oberpfalz erhalten bleibt,
- die Mittel für Landschaftspflegeverbände und das Vertragsnaturschutzprogramm erhöht werden.

13. TOURISMUS

Die Übernachtungszahlen in der Oberpfalz steigen seit Jahren an. Nicht nur die Stadt Regensburg mit ihrer jahrtausendealten Geschichte und kulturellen highlights, auch die ländlichen Regionen bieten eine breite Palette von Attraktionen, von Museen über Segelbootfahren auf dem Steinberger See, den Angeltourismus und Kanufahrten, Sommer-Skifahren auf dem Monte Kaolino bis zu Wanderungen im vorderen Bayerischen Wald, Oberpfälzer Wald sowie in den kleinen Naturparks der nördlichen Oberpfalz und Wellness- und Gesundheitsangebote im Kurmittelhaus Sibyllenbad. Jede Region ist anders und hat ihren eigenen Charme. Der Tourismus ist auch zu einem Wirtschaftsfaktor geworden und bietet Einkommen und Arbeitsplätze.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- in der sog. „Premiumoffensive Tourismus“ auch kleine Unternehmungen gefördert werden,
- Städte und Gemeinden in der Nordoberpfalz die notwendige Unterstützung erhalten, um einen klimafreundlichen Tourismus zu betreiben.
- der Freistaat einen staatlichen Sonderfonds zur Sanierung öffentlicher Schwimmbäder im ländlichen Raum zur Verfügung stellt.

14. KUNST UND KULTUR IN DER OBERPFALZ

Die Oberpfalz hat nicht nur ein reiches historisches Erbe und von Landkreis zu Landkreis unterschiedliche kulturelle Traditionen, sondern auch eine lebendige Kulturszene, die zwar gefördert werden muss, aber nicht staatlich bevormundet werden darf. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Kunst und Kultur zu verordnen und zu administrieren, sondern dafür zu sorgen, dass sich das kulturelle Leben in all seinen Formen und Ausprägungen, von Newcomer-Festivals, sog. Kleinkunst bis zu Festspielen und Opernaufführungen, von Wirtshaus-Musik bis zu Oratorienchören, von Schülertheatern bis zum Landes- und Stadttheater entwickeln kann. Die Bildende Kunst braucht nicht nur Museen, sondern auch Darstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, in Galerien und Ausstellungs- und Begegnungsräumen wie z.B. dem Oberpfälzer Künstlerhaus in Schwandorf.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- das Stadttheater in Regensburg genauso gefördert wird wie die Staatstheater in München und Nürnberg,
- das Landestheater Oberpfalz auf eine gesicherte finanzielle Basis gestellt wird,
- die bestehenden Museen in der Oberpfalz auch nach der Fertigstellung des Museums für bayerische Geschichte in Regensburg weiter gefördert werden,
- das Industrie- und Bergbaumuseum Theuern ein Landesmuseum wird,
- die weit über die Oberpfalz hinaus bekannten Festspiele in der Oberpfalz weiter gefördert werden,
- der finanzielle Spielraum des Bezirks Oberpfalz zur Förderung der Kunst- und Kulturpflege nicht geschmälert wird.

15. SICHER LEBEN IN DER OBERPFALZ

Ohne Angst vor Kriminalität leben zu können, ist ein menschliches Grundbedürfnis und Voraussetzung für Freiheit. Die Kriminalitätsbelastung in der Oberpfalz ist verglichen mit Ballungszentren relativ gering, die Aufklärungsquote ist dank des engagierten Einsatzes der Polizei hoch. Allerdings hat der illegale Drogenkonsum speziell in den Regionen an der Grenze zur Tschechischen Republik in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Viele Menschen fühlen sich wegen der Zunahme von Wohnungseinbrüchen und auch wegen der Zuwanderung von Fremden unsicher.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die Initiativen und Präventionsmaßnahmen gegen Drogenmissbrauch auch weiter unterstützt werden,
- die unbesetzten Sollstellen in den Polizeiinspektionen und –stationen schnellstmöglich besetzt werden,
- sichergestellt wird, dass die Polizeiinspektionen und –stationen 24 Stunden am Tag besetzt sind und die Polizei vermehrt in der Fläche, auf Straßen und Plätzen Präsenz zeigen kann.

16. KEIN PLATZ FÜR RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT IN DER OBERPFALZ

Auch in der Oberpfalz sind seit vielen Jahren rechtsextremistische Strukturen vorhanden, die immer wieder nicht nur im Netz, sondern auch auf den Straßen und Plätzen in Erscheinung treten. Der Zuspruch zu rechtspopulistischen Parolen hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht.

Wir setzen uns deshalb weiterhin dafür ein, dass

- die lokalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus professionell unterstützt und vernetzt werden,
- die sog. Extremismusklausel aufgehoben und weitere bürokratische Erschwerungen des Engagements junger Menschen gegen den Rechtsextremismus beseitigt werden,
- die Versammlungsbehörden die Öffentlichkeit über Veranstaltungen von Rechtsextremisten informieren,
- die Städte und Gemeinden Unterstützung erhalten, wenn Rechtsextremisten auf ihrem Gebiet Immobilien erwerben möchten,
- die bestehenden Projekte „Schule ohne Rassismus“ weiter gefördert werden,
- Projekte gegen Rechtsextremismus in der verbandlichen und offenen Jugendarbeit und der Bildungsarbeit der Träger der Erwachsenenbildung erhalten und ausgebaut werden,
- Sport- und Freizeitvereine bei der Integration ausländischer Jugendlicher unterstützt werden.

II. BEZIRKSTAG OBERPFALZ

Die Bezirke stellen die dritte kommunale Ebene dar und sind zuständig für Aufgaben, die die einzelnen Landkreise alleine nicht bewältigen können. Dazu gehören die soziale Sicherung der Bevölkerung (Sozialhilfe, Kriegsofferfürsorge, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe u.a.), die gesundheitliche Versorgung, vor allem durch Errichtung und Betrieb von Spezialkrankenhäusern und die überörtliche Kultur- und Heimatpflege.

Der Bezirk Oberpfalz ist Träger der Bezirkskliniken in Regensburg, Wöllershof und Parsberg und betreibt Kinder- und Jugendpsychiatrische Tageskliniken in Regensburg, Cham, Amberg und Weiden sowie eine psychiatrische Institutsambulanz in Parsberg.

Die medizinischen Einrichtungen des Bezirks (MedBO) werden als Kommunalunternehmen (KU) geführt. Unsere Bezirksräte und die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bezirkstag werden sich auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass im Bezirk vernünftig gewirtschaftet wird, dass die Bezirksumlage für die Landkreise erträglich bleibt, die Bezirkskliniken weiter ausgebaut und modernisiert werden, dass allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gute Arbeitsbedingungen geboten werden, dass im Bereich der Umwelt und Energie die Nachhaltigkeit im Vordergrund steht und dass das hohe Niveau der Kulturförderung gehalten werden kann.



Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Bezirkskliniken in der Rechtsform eines Kommunalunternehmens verbleiben und dass keine Privatisierungen vorgenommen werden, wobei bei der zukünftigen Gestaltung der medbo bzw. bei der Ausgestaltung der bestehenden Aufsichtsgremien besonderes Augenmerk auf verbesserte betriebliche Mitbestimmung zu richten ist,
- Dienstleistungen, die extern vergeben werden, zukünftig wieder mit eigenem Personal erledigt werden,

- für Mitarbeiter des Bezirks und seiner Einrichtungen (insbesondere für Auszubildende, Beamtenanwärter und Beschäftigte der 1. QE) künftig mehr bezahlbare Betriebswohnungen vorgehalten werden,
- die Mitarbeiter des Bezirks und seiner Einrichtungen künftig auch im Geltungsbereich des Verkehrsverbunds Nürnberg ein vergünstigtes jobticket erhalten,
- sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnissen abgeschafft und sachlich begründet befristete Arbeitsverhältnisse künftig regelmäßig dem Personalrat, dem Verwaltungsrat und dem Bezirkstag gemeldet werden,
- allen Mitarbeitern die Möglichkeit zur Weiterbildung und Qualifizierung eröffnet wird,
- sowohl im Pflegebereich als auch in der Verwaltung über dem Bedarf ausgebildet wird,
- den Absolventinnen und Absolventen der Krankenpflegevorschule die Möglichkeit eingeräumt wird, eine vollwertige Ausbildung zum/zur Krankenpfleger/in zu machen,
- der Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) mit neuen Tageskliniken in Tirschenreuth, Schwandorf und Neumarkt vorangetrieben wird,
- die Bettenzahl in den Tageskliniken der KJP aufgestockt wird,
- das Bezirksklinikum Wöllershof trotz des Denkmalschutzes so umgebaut wird, dass Mehrbettzimmer aufgegeben und Ein- oder Zweibettzimmer errichtet werden,
- für Behinderte nach dem Erwerbsleben neue ambulant betreute Wohnheime mit offenen Wohnformen errichtet werden,
- das Oberpfalzheim weiterhin von der Kulturell-Gemeinnützigen Oberpfalz GmbH (KGO), an der der Bezirk und die kreisfreien Städte und Landkreise beteiligt sind, betrieben wird und dass geprüft wird, ob an den oberpfälzer Hochschulorten weitere Studentenwohnheime errichtet werden können,
- für das Freilandmuseum Neusath-Perschen ein neues Gesamtkonzept für ein modernes Museum entwickelt und ein Museumsrestaurant als Schaufenster der „Oberpfälzer Kulinaristik“ errichtet wird,
- auch die reiche Industriegeschichte und Arbeiterkultur der Oberpfalz bewahrt und ein Industriemuseum errichtet wird,
- die Freilichtfestspiele in der Oberpfalz entsprechend ihrer überregionalen Bedeutung pauschal gefördert werden,
- bei den Landkreisen und kreisfreien Städten der Bedarf und das Interesse an einem Wandertheater (analog zum Landestheater Niederbayern) mit dem Schwerpunkt auf zeitgenössische Autoren und Bezug zur Oberpfalz erhoben wird,
- sämtliche Gebäude des Bezirks und seiner Einrichtungen auf energetische Sanierungsmöglichkeiten überprüft und entsprechende Finanzmittel eingeplant werden,
- im Fuhrpark die Umstellung auf E-Mobilität vorangetrieben wird,
- die Möglichkeiten des digitalen und barrierefreien Antragswesens ausgebaut werden,
- aus Gründen der größeren Transparenz zusätzlich zu dem bestehenden Ratsinformationssystem eine digitale Plattform mit wichtigen Informationen zur Arbeit des Bezirkstages geschaffen wird.

III. DIE SPD-LANDTAGS- UND BEZIRKSTAGS-KANDIDATINNEN IN DER OBERPFALZ

LANDTAG

Direktkandidat/-innen:



Listenplatz 1
ANETTE KARL - 308 WEIDEN

BEZIRKSTAG

Direktkandidat/-innen:



Listenplatz 1
RICHARD GASSNER - 301 AMBERG-SULZBACH



Listenplatz 2
UWE BERGMANN - 301 AMBERG-SULZBACH



Listenplatz 2
BRIGITTE SCHARF - 307 TIRSCHENREUTH



Listenplatz 3
MARGIT WILD - 306 REGENSBURG-STADT



Listenplatz 3
SEBASTIAN KOCH - 304 REGENSBURG-STADT

III. DIE SPD-LANDTAGS- UND BEZIRKSTAGS-KANDIDATINNEN IN DER OBERPFALZ

LANDTAG

Direktkandidat/-innen:



Listenplatz 4
PETER WEIN - 306 SCHWANDORF

BEZIRKSTAG

Direktkandidat/-innen:



Listenplatz 4
SABINE ZEIDLER - 308 WEIDEN



Listenplatz 5
JUTTA DEIML - 307 TIRSCHENREUTH



Listenplatz 5
ARMIN SCHÄRTL - 306 SCHWANDORF



Listenplatz 6
MATTHIAS JOBST - 304 REGENSBURG-LAND



Listenplatz 6
MARTIN SCHOPLOCHER - 302 CHAM

III. DIE SPD-LANDTAGS- UND BEZIRKSTAGS-KANDIDATINNEN IN DER OBERPFALZ

LANDTAG

Direktkandidat/-innen:



Listenplatz 7
FRANZ KOPP - 302 CHAM

BEZIRKSTAG

Direktkandidat/-innen:



Listenplatz 7
GÜNTHER STAGAT - 303 NEUMARKT



Listenplatz 8
ANDRE MADEISKY - 303 NEUMARK



Listenplatz 8
KARL SÖLLNER - 304 REGENSBURG LAND

Wahlkreiskandidat/-innen:

Listenplatz 9	Dr. Carolin Wagner
Listenplatz 10	Dr. Armin Rüger
Listenplatz 11	Evi Thanheiser
Listenplatz 12	Raphael Bittner
Listenplatz 13	Petra Lutz
Listenplatz 14	Philipp Eisinger
Listenplatz 15	Dr. Sema Tasali-Stoll
Listenplatz 16	Sebastian Meier

Wahlkreiskandidat/-innen:

Listenplatz 9	Silke Schell
Listenplatz 10	Diethard Eichhammer
Listenplatz 11	Danielle Gömmel
Listenplatz 12	Martin Grill
Listenplatz 13	Nicole Bäumlner
Listenplatz 14	Heinrich Kielhorn
Listenplatz 15	Thomas Döhler
Listenplatz 16	Peter Danninger